

Wie die Telekommunikationsindustrie die Politik im Griff hat!

PLZ-Gebiet 10117: Lobbyzone Berlin-Mitte! Zutrittschancen 1:234

Über die Lobbyarbeit der Telekommunikationsbranche

diagnose:funk legt in diesem Brennpunkt eine Recherche zur Lobbyarbeit der Mobilfunkindustrie und BITKOM-Branche¹ zur Digitalisierung vor, basierend auf der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE „Beziehungen von Telekommunikationsunternehmen zur Bundesregierung“ (Bundestagsdrucksache 18/9620, 13.09.2016).² Politisch eingeordnet wird diese Analyse auf Grund eigener Erfahrungen mit Besuchen bei Bundestagsabgeordneten und dem neuen Buch „Lobbyland. Wie die Wirtschaft unsere Demokratie kauft“ (2021) des ehemaligen Dortmunder SPD-Abgeordneten Marco Bülow über seine 18-jährigen Erfahrungen im Bundestag und weiteren Literaturrecherchen.

Die Bundestagsdrucksache ist auch eine Antwort auf die Frage vieler Bürgerinitiativen, warum sich in der Regel Konzerninteressen in der Politik durchsetzen. Im Zeitraum von 2,5 Jahren, von 2014 bis zum Juni 2016, den die Bundesregierung in der Antwort auf die Kleine Anfrage dokumentiert, fanden 234 Treffen auf politischer Spitzenebene zwischen Regierung und BITKOM-Industrie statt, zwischen MinisterInnen, StaatssekretärInnen und CEOs. Spitzenreiter ist der ehemalige Verkehrs- und Infrastrukturminister Dobrindt (CSU) mit 23 Terminen, seine Staatssekretäre hatten 27 Termine, gefolgt von Wirtschaftsminister Gabriel (SPD) mit 19 Terminen und 43 seiner Staatssekretäre. Zu den 234 Spitzentreffen traf man sich noch 103 mal bei Veranstaltungen der BITKOM-Industrie wie Festakten, Sommerfesten, Foren, Mittagessen und Frühstück, in Summe also 337 mal. Zu den 234 Spitzentreffen kommt natürlich ein Mehrfaches an Terminen auf Sachbearbeiterebene, dazu Treffen in Landtagen und in Kommunen mit Fraktionen und Bürgermeistern, die hier nicht dokumentiert sind. Demgegenüber gab es in den letzten 15 Jahren nach unserer Kenntnis ein einziges – ergebnisloses – Treffen im Umweltministerium zwischen mobilfunkkritischen Ärzten und der Staatssekretärin Schwarzelühr-Sutter. Fakt: 234:1 Termine. Im Berichtszeitraum gab es von der BITKOM-Branche 83 Eingaben zu Gesetzesvorhaben und 77 Positionspapiere an Bundesministerien.



brennpunkt

AUSGABE JANUAR 2022

Impressum

brennpunkt: Ausgabe Januar 2022

Online Veröffentlichung auf www.diagnose-funk.org

Bestellung Printausgabe:

shop.diagnose-funk.org/brennpunkt, Bestellnr. 247
bestellung@diagnose-funk.de

Herausgeber und V.i.S.d.P

Diagnose-Funk e.V.
Postfach 15 04 48
D-70076 Stuttgart
www.diagnose-funk.org

Diagnose-Funk Schweiz
Heinrichgasse 20 CH – 4055 Basel
kontakt@diagnose-funk.ch

Unterstützen Sie diagnose:funk als Förderer

Online spenden:
www.diagnose-funk.org/unterstuetzen

Spendenkonto

Diagnose-Funk e.V.
IBAN: DE39 4306 0967 7027 7638 00
BIC: GENODEM1GLS | GLS Bank

Im Spinnennetz der Industrie

Summe dokumentierter Spitzentreffen von CEOs der Telekommunikationsindustrie mit Bundesministerien (BM) von Januar 2014 bis Juni 2016

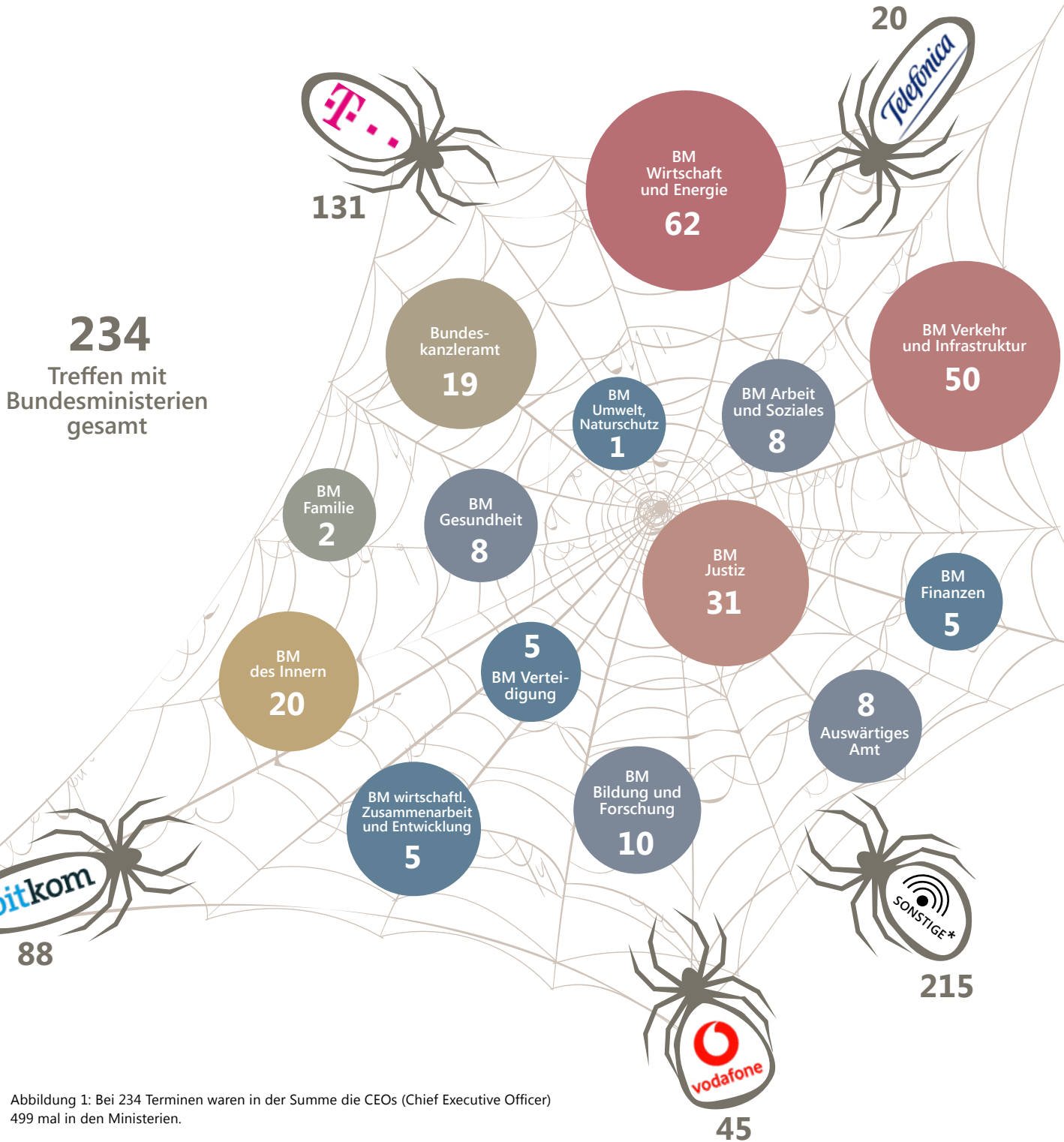


Abbildung 1: Bei 234 Terminen waren in der Summe die CEOs (Chief Executive Officer) 499 mal in den Ministerien.

* Sonstige Teilnehmer: VATM, BITMi, BUGLAS, 1&1 Internet AG, BREKO, United Internet, EWE u.a.. Quelle: Bundestagsdrucksache 18/9620, Grafik: diagnose:funk.

Treffen von Kanzlerin und BundesministerInnen mit CEOs der Telekommunikationsindustrie Januar 2014 bis Juni 2016



Verkehrsminister Dobrindt	23
Wirtschaftsminister Gabriel	19
Bildungsministerin Wanka	8
Bundeskanzlerin Merkel	8
Innenminister de Maiziere	8
Außenminister Steinmaier	8
Gesundheitsminister Gröhe	7
Arbeitsministerin Nahles	5
Justizminister Maas	3
Finanzminister Schäuble	3
Verteidigungsministerin von der Leyen	1
Umweltministerin Hendricks	1

Abbildung 2: Quelle: Bundestagsdrucksache 18/9620
Grafik: diagnose:funk

„Anweiser und Abnicker“ (Bülow)

Die Treffen zwischen Industriespitzen und Regierung sind die eigentlichen Schaltzentralen der Politik, dort werden die Projekte auf den Weg gebracht, die dann dem Parlament als Vorlagen zugehen. Wie dieses politische Entscheidungssystem zwischen Regierungs- und Parlamentsebene funktioniert, beschreibt der ehemalige MdB Marco Bülow. Den Abgeordneten, so Bülow, ist bei den Entscheidungen eine Abnickerrolle zugeordnet.³ Sie sollen die Vorgaben aus den Ministerien durchwinken. Durch Fraktionszwang, innerparteiliche Postenvergabe und Netzwerke wird dies abgesichert. Um hier Reibungsverluste zu vermeiden, wirken hunderte Lobbyisten in Berlin und Brüssel diskret auf die Abgeordneten ein, durch Einladungen zu gemeinsamen Frühstückten, Banketten, Festen und vertraulichen Hintergrundgesprächen. Allein in Berlin-Mitte, Postleitzahlgebiet

10117, haben 504 Lobbyverbände der Industrie ihre Büros.⁴ Neben direkten Treffen läuft der Lobbyismus zusätzlich über dutzende neutral getarnte Stiftungen, über ihre Werbematerialien, Homepages, Workshops und engen Beziehungen zu Medien.⁵

Frank Schirrmacher beschrieb 2013 die Interessenübereinstimmung von Staat und Industrie zur digitalen Transformation. Der „*Staat der Zukunft*“, so Schirrmacher, werde „*ein gigantisches kommerzielles, real existierendes Internet ... Vorherzusagen, was einer tun, kaufen, denken wird, um daraus einen Preis zu machen, diese Absicht verbindet Militär, Polizei, Finanzmärkte und alle Bereiche digitaler Kommunikation.*“⁶

Think Tanks wie der WBGU (Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen der Bundesregierung), der WFC (World Future Council), der Technikfolgenausschuss des EU-Parlaments STOA, NGOs wie das Bündnis für humane Bildung, der Umweltverband Naturfreunde und diagnose:funk kritisieren, dass die Risiken der digitalen Transformation nicht thematisiert werden.⁷ So gibt es keine staatliche Technikfolgenabschätzung über den Energie- und Ressourcenverbrauch des Internets der Dinge, seine Auswirkungen auf den Klimawandel, über die Folgen der Strahlenbelastung und über die Auswirkungen von BigData auf die Demokratie.⁸ Auch findet keine öffentliche Debatte über die Auswirkungen von Industrie 4.0, über die Digitalisierung der Kriegsführung⁹ und die Digitalisierung der Bildung¹⁰ statt. Digitalisierung als Geschäftsfeld der Industrie und BigData als Instrument der Machtausübung wird durch Regierung und Industrielobby als Fortschrittsnarrativ verkauft.

Wer ist Koch, wer Kellner?

Lobbyarbeit wäre eigentlich nichts Verwerfliches. Verbände aus Industrie, Berufsgruppen und Bürgerbewegungen versorgen Ministerien, Behörden und Politiker mit Informationen, um sie von ihren Anliegen zu überzeugen. Und wenn diese ein offenes Ohr für alle hätten und nach nachvollziehbaren Kriterien entscheiden würden, wäre das ein Wettstreit um beste Lösungen. Doch das findet nicht statt. Diesen „neutralen“ Staat gab es noch nie. Denn die Deutungshoheit „*besitzen nicht diejenigen mit den besten Argumenten oder der differenziertesten Analyse, sondern meist diejenigen mit dem meisten Einfluss, dem größten Vermögen und der größten Medienmacht,*“ schreibt Marco Bülow (S. 35). In der deutschen Geschichte hatten die Handelshäuser, Adelsgeschlechter, Junker und Großgrundbesitzer, dann die Industrie und Banken den Staat zu ihrem Werkzeug gemacht.¹¹ Sie stellten direkt Minister, Abgeordnete und leitende Beamte und flankierten dies mit einem lückenlosen Beeinflussungssystem. Bis heute! Das bestätigt diese Bundestagsdrucksache. „*Wie die Telekom die Politik im Griff hat!*“, titelte 2012 die Wirtschaftswoche:

„Mit einer Armee an Lobbyisten und einer besonderen Beziehung ins Bundesfinanzministerium setzen Telekom-Chef René Obermann und Top-Lobbyist Wolfgang Kopf ihre Wünsche durch. Vorschläge und Stellungnahmen von Abgeordneten tragen die Handschrift des Konzerns. Kurzfristig ändern Minister Gesetzentwürfe – zugunsten der Telekom. An die Öffentlichkeit dringt davon selten etwas... Sie sind eine schlagkräftige Truppe, die unter anderem aus gut vernetzten Ex-Journalisten, Juristen, Ex-Partei- und Staatsdienern sowie Telekom-Hausgewächsen besteht. Thorsten Recker etwa, ein früherer Referent von Ex-SPD-Fraktionschef Franz Müntefering, kümmert sich im Auftrag der Telekom um die Sozialdemokraten. Ulli Tobias Reitz, bis vor Kurzem Referent beim CDU-Wirtschaftsrat, ist für Unions-Abgeordnete verantwortlich. Mit Axel Knoerig ließ sich 2009 gar ein Telekom-Lobbyist für die CDU in den Bundestag wählen. Er sitzt heute im Bundestagsausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung. Seine Arbeit im Konzern ruht so lange. Am Konzernsitz in Bonn beschäftigt die Telekom weitere hochkarätige Lobbyisten – vom Regulierungsökonom bis hin zum Netzspezialisten. Sie schreiben Expertisen und Stellungnahmen, beantworten Fragen von Politikern und hieven so Themen auf die politische Agenda.“¹²

Die Chefs der Mobilfunkindustrie und ihre Interessenverbände geben in den Ministerien den Takt vor, mit fast täglichen Terminen, Eingaben und Positionspapieren. Sie diktieren deren Politik, aber nicht als „Diktatur“, sondern in symbiotischer Übereinstimmung mit den politischen Spitzen. Die Wachstumsideologie aller Regierungsparteien ist die Grundlage der Symbiose. Die Regierung versteht sich in der Regel von selbst als ausführendes Organ von Industrieinteressen mit fünf Aufgaben:

- > Sie schafft den gesetzlichen Rahmen, damit das Land als profitables Geschäftsfeld für Industrieinteressen funktioniert.
- > Sie fördert den Ausbau der industriellen Infrastruktur mit Milliarden.
- > Sie propagiert die Wachstums- und Konsumideologie.
- > Sie verharmlost durch ihre Bundesämter potenzielle Risiken.
- > Sie versucht kritische Bürgerinitiativen zu vereinnahmen, zu paralysieren oder wenn nötig, werden sie auch offen bekämpft.

Diese Leitlinien staatlicher Politik prägten in den letzten Jahrzehnten u. a. die Bildungs- und Gesundheitspolitik, die Auto- und Mobilitätspolitik, die Stadtplanungs- und Immobilienpolitik, die Energie- und Agrarpolitik und die Digitalisierungs- und Mobilfunkpolitik, bis hinunter in die weisungsge-

Treffen von StaatssekretärInnen (Bund) mit CEOs der Telekommunikationsindustrie Januar 2014 bis Juni 2016



BM Wirtschaft und Energie	43
BM Justiz	28
BM Verkehr und Infrastruktur	27
BM Inneren	12
Chefs des Bundeskanzleramtes	11
BM wirtschaftliche Zusammenarbeit	5
BM Verteidigung	4
BM Arbeit und Soziales	3
BM Familie	2
BM Finanzen	2
BM Bildung und Forschung	2
BM Gesundheit	1

Abbildung 3: Quelle: Bundestagsdrucksache 18/9620
 Grafik: diagnose:funk

bundenen Bundesämter und Landesbehörden. Ein aktuelles Beispiel: Der Deutsche Städte- und Gemeindebund empfiehlt in seiner Zeitschrift kommunal 12/2021 den Kommunalpolitikern, sich an den 5G-Leitlinien des „Global System for Mobile Communications Association“ (GSMA) zu orientieren. Die GSMA ist aber der Weltverband der Mobilfunkindustrie. Gleichzeitig werden Kritiker als Verschwörungstheoretiker verleumdet.¹³ Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) zog bereits 2005 nach einer Intervention des BITKOM seine „Leitlinien Strahlenschutz“ zurück und bedient seither die Industrie mit Dauererklärungen zur Risikolosigkeit der Mobilfunktechnologie.¹⁴ Nach den Ergebnissen von Umfragen des BfS und des BITKOM, dass nahezu 50% der Bevölkerung besorgt über die Strahlenbelastung des Mobilfunks sind und wegen der ab 2018 wachsenden Anzahl von Bür-

Teilnahme von Regierungs- und MinisteriumsvertreterInnen auf Veranstaltungen der Telekommunikationsindustrie Januar 2014 bis Juni 2016



BM Wirtschaft und Energie	30
BM Verkehr und Infrastruktur	21
BM Justiz	13
BM Gesundheit	7
Bundeskanzleramt	5
BM Umwelt und Naturschutz	5
BM Bildung und Forschung	4
BM Inneren	4
BM Verteidigung	3
BM Arbeit und Soziales	3
BM Ernährung	2
BM Familie	2
BM wirtschaftliche Zusammenarbeit	2
BM Finanzen	1
Auswärtiges Amt	1

Abbildung 4: Repräsentative Teilnahme von Vertretern der Bundesministerien bei Kongressen, Messen, Festen, Jubiläen, Banketten, Frühstückten u.a. der Telekommunikationsindustrie. Quelle: Bundestagsdrucksache 18/9620, Grafik: diagnose:funk.

gerinitiativen, forderte BITKOM-Präsident Achim Berg eine Aufklärungskampagne, um die scheinbar irrationalen Ängste abzubauen: „Die Menschen müssen in die Lage versetzt werden, sich ein eigenes Bild über die Wirkungen von Mobilfunk zu machen.“ Das BfS reagierte mit der Gründung der Außenstelle Cottbus mit dem Schwerpunkt Risikokommunikation.¹⁵

Das Bundesverkehrsministerium (BMVI) gründete ein Dialogbüro 5G und versuchte mit einer Kampagne Bedenken zu zerstreuen.¹⁶ His Master’s voices.

Marco Bülow bringt es in seinem Buch auf den Punkt: „Es wurde ein Lobbyland geschaffen, welches die Interessen einer immer kleineren Elite bedient und ohnmächtig ist gegenüber den wirklichen Gefahren“ (S. 24). Der Soziologe Ulrich Beck analysiert in seinem Buch „Weltrisikogesellschaft“ (2007) diese „Legitimationszuständigkeit“ (S. 345) der Staatsorgane zur Vertuschung von „Gefahren, die im Legitimationszirkel von Verwaltung, Politik, Recht und Management normalisiert werden und ins unkontrollierbar Globale wachsen ... Die zweckrationale Bürokratie verwandelt Alltäterschaft in Freispruch“ (S. 172) und weiter: „Gefahren werden industriell erzeugt, ökonomisch externalisiert, juristisch individualisiert, naturwissenschaftlich legitimiert und politisch verharmlost“ (S. 177). So werde ein Zustand „organisierter Unverantwortlichkeit“ erzeugt (S. 345).

Digital First, Planet Second

In zwei weiteren Bundestagsdrucksachen, beide Antworten erfolgten auf Anfragen der Fraktion DIE LINKE, werden Treffen der Ministerien mit weiteren Schlüsselindustrien dokumentiert:

- > 559 Termine der Bundesregierung gab es im Zeitraum 2009-2013 mit den Spitzen der Automobil-, Luftfahrt- und Bauindustrie (Bundestagsdrucksache 17/14498)¹⁷
- > 324 Termine gab es im Zeitraum 2014-2017 mit den Spitzen der Energiewirtschaft, 83 Treffen mit NGOs¹⁸ (Bundestagsdrucksache 18/12216)¹⁹

Allein die schiere Anzahl der aufgelisteten Spitzentreffen, die in den drei Bundestagsdrucksachen dokumentiert sind, machen deutlich, dass es die „großen Profitlobbyisten (sind), die bei uns in den Ministerien ein und ausgehen“, so Bülow (S. 111). Bülow liefert auch die Erklärung, warum nahezu täglich solche Spitzengespräche stattfinden:

„Die Regierungen handeln Gesetze mit Lobbyisten und nicht mit Parlamenten oder gar der Bevölkerung aus“ (ebda. S. 40).

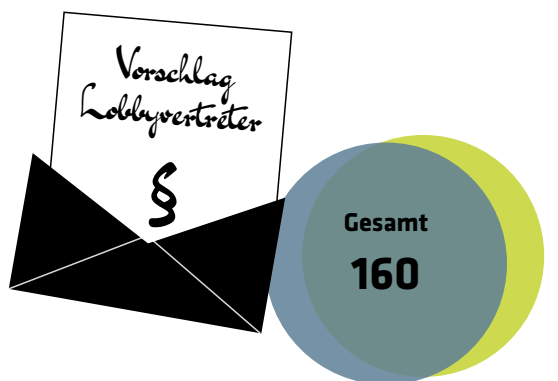
Warum ist der Industrielobbyismus verwerflich? Weil die Industrie nur ein Interesse hat: Profitmaximierung. Gesundheits- und Naturschutz interessieren nicht. Der Zustand der Welt dokumentiert dies.²⁰ In den Bänden der EUA (Europäische Umweltagentur) „Späte Lehren aus frühen Warnungen“ wird der Lobbyismus der letzten 100 Jahre und das Zusammenspiel von Staat und Industrie an 35 Fallbeispielen dokumentiert.²¹ Das wiederholt sich beim Ausbau der digitalen Infrastruktur: Frühe Warnungen kompetenter Institutionen (s. o.)

werden nicht gehört, ihre Alternativen beiseitegeschoben.²² Warnungen vor negativen Auswirkungen der Digitalisierung auf den Energie- und Rohstoffverbrauch, auf Demokratie, Umwelt und Gesundheit werden, wenn überhaupt, mit dem Ziel thematisiert, sie zu verharmlosen. Es ist leeres Gerede, wenn die Bundesregierung in ihrer Antwort schreibt:

„Die Bundesregierung und insbesondere das BMVI sowie das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) stehen grundsätzlich mit allen Vertretern im digitalen Bereich in ständigem Austausch. Darunter fallen Gespräche mit Vertretern u. a. von Unternehmen, Forschungsinstitutionen, Bürgerinitiativen, Vereinen, Gewerkschaften und Verbänden.“ (Bundestagsdrucksache 18/9620)

Die Bundestagsdrucksachen zeigen: Die Industrie bestimmt die Politik, Kritiker werden nicht gehört, oder höchstens als Alibi. Wie mit den Abgeordneten verfahren wird, die im Parlament nicht mitspielen, also mit den sogenannten Abwechslern, berichtet Bülow: *„Jede Kritik, jeder Vorschlag, jeder Zukunftsentwurf wird im Keim erstickt, und deren Protagonistinnen werden verunglimpft. Jede abweichende Position, jeder konstruktive Prozess wird unterbunden (S. 144).“*

Eingereichte Gesetzesvorhaben und Positionspapiere der Telekommunikationsindustrie Januar 2014 bis Juni 2016



Bitkom	25
Telekom	17
Vodafone	13
Telefonica	5
Sonstige*	100

Abbildung 5: Im Berichtszeitraum wurden 83 Eingaben zu Gesetzesvorgaben und 77 Positionspapiere in den Ministerien von Telekommunikationsunternehmen eingereicht. Quelle: Bundestagsdrucksache 18/9620
Grafik: diagnose:funk.

Spitzentreffen der Einzelunternehmen mit MinisterInnen und StaatssekretärInnen* Januar 2014 bis Juni 2016



Telekom	131
Bitkom	88
Vodafone	45
Telefonica	20
Sonstige**	215

Abbildung 6: Bei 234 Terminen waren in der Summe die CEOs 499 mal in den Ministerien.

*nicht eingerechnet: 8 gemeinsame Treffen im Auswärtigen Amt

**Sonstige: VATM, BITMi, BUGLAS. 1&1 Internet AG, BREKO, United Internet, EWE, ANGA, Unitymedia ua.

Quelle: Bundestagsdrucksache 18/9620, Grafik: diagnose:funk.

Bürgerinitiativen müssen Alternativen durchsetzen

Die Vorgaben zum 5G-Netzausbau und zur Digitalisierung, die unter der letzten CDU/SPD-Regierung geplant und umgesetzt wurden, prägen auch den Koalitionsvertrag 2021 der neuen Ampel-Regierung. Die Ampel steht auf Grün für die Expansionsstrategien der IT-Branche zur Digitalisierung aller Lebensbereiche, ohne Rücksicht auf negative Folgen. Die Regierung gebärdet sich wie ein geschäftsführender Ausschuss der IT-Branche. Demokratisch-parlamentarische Verfahren werden inszeniert und die wirklichen Macht- und Entscheidungsstrukturen damit verhüllt. Bülow nennt es eine „Fassadendemokratie“ (S. 144), die Journalisten der Süddeutschen Zeitung Ritzer/Balser gaben ihrem Buch den Titel „Lobbykratie“. Das dokumentiert diese Bundestagsdrucksache. *„Einigen dämmert es allerdings, sie rücken die Debatte über Strukturen und über Profitlobbyismus in ihren Focus. Ohne das Aufbrechen der jetzigen verkrusteten markt-konformen politischen Strukturen wird nicht viel passieren“*, schreibt Marco Bülow (S. 45).

Die positiven Potenziale der Digitalisierung können nur zur Entfaltung kommen, wenn der Staat regulierend eingreift, um Ressourceneffizienz, Datenschutz und eine Politik der Strahlenminimierung durchzusetzen. Wir fordern von der neuen Bundesregierung die Umsetzung der Alternativen, die diagnose:funk in vielen Papieren formuliert hat.²³ Die Bürgerinitiativen müssen die Verantwortung für die Zukunft

übernehmen, damit die Digitalisierung nicht zum Brandbeschleuniger für eine smarte Diktatur, die Umweltkrisen und die Klimakatastrophe wird. In seiner Analyse der Folgen der 5G-Technologie, die neben Glasfaser eine Hauptschlagader der Digitalisierung ist, fordert der WFC eine Denkpause, „die es ermöglicht, alle ökologischen, sozialen und ökonomischen Auswirkungen einer 5G-Einführung noch einmal zu überprüfen. Benötigt wird ein ergebnisoffener Dialog zwischen Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft, bei dem alle Fragen, die 5G betreffen, in einem demokratischen Prozess erörtert werden können. Dieser fand bisher kaum statt und sollte dringend nachgeholt werden.“²⁴

Literatur und Quellen

- 1 Bitkom e. V. ist der Branchenverband der deutschen Informations- und Telekommunikationsbranche. Er vertritt mehr als 2000 Unternehmen aus der digitalen Wirtschaft, die zusammen etwa 190 Milliarden Euro Umsatz im Jahr erwirtschaften und in Deutschland mehr als 2 Millionen Beschäftigte haben. Zu den Mitgliedern zählen mehr als 1000 Mittelständler, über 500 Startups und nahezu alle Global Player.
- 2 Bundestagsdrucksache 18/9620: „Beziehungen von Telekommunikationsunternehmen zur Bundesregierung“, 13.09.2016
- 3 Marco Bülow (2021): Lobbyland. Wie die Wirtschaft unsere Demokratie kauft. Siehe dazu das Kapitel „Anweiser und Abnicker“, S. 69 ff
- 4 Hendrik Lehmann, Lutz Maicher, Michael Prilop, Max Kießling (2016): Wo die deutschen Lobbyisten sitzen, Tagesspiegel, 17.10.2016, <https://digitalpresent.tagesspiegel.de/lobbylandschaft> : „Von den 3089 Adressen der 2318 Vereinigungen in der Lobbyliste befinden sich mittlerweile 1183 in Berlin, 504 davon konzentrieren sich auf das Postleitzahlgebiet 10117.“
- 5 Uwe Krüger (2013): Meinungsmacht. Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten – eine kritische Netzwerkanalyse
- 6 Frank Schirmacher (2013): EGO, S. 101 f
- 7 Artikelserie zu Digitalisierung und Klima: <https://www.diagnose-funk.org/1752>

Naturfreunde Deutschlands (2021): Warum Digitalisierung und sozial-ökologische Transformation zusammengedacht werden müssen, Positionspapier, <https://www.diagnose-funk.org/1714>

STOA (2021): Gesundheitliche Auswirkungen von 5G, <https://www.diagnose-funk.org/1740>

WBGU (Wissenschaftlicher Beirat Bundesregierung Globale Umweltveränderungen) (2019): „Unsere digitale Zukunft“, Gutachten, <https://www.wbgu.de/de/publikationen/publikation/unsere-gemeinsame-digitale-zukunft>

WFC (World Future Council) (2020): Die Auswirkungen des 5G-Netzausbaus auf Energieverbrauch, Klimaschutz und die Einführung weiterer Überwachungstechniken, Matthias Kroll, <https://www.diagnose-funk.org/1718>

WFC (World Future Council) (2021): „Wie kann das verbliebene CO2-Budget gerecht auf die Weltbevölkerung aufgeteilt werden? Zur Problematik zusätzlicher globaler Energieverbräuche bei begrenztem CO2-Budget und endlichen Ressourcen,“ Matthias Kroll, <https://www.diagnose-funk.org/1776>
- 8 Rolf Gössner (2021): Datenkraken im Öffentlichen Dienst. Laudatio auf den präventiven Sicherheits- und Überwachungsstaat

Armin Grunwald (2018): Der unterlegene Mensch: Die Zukunft der Menschheit im Angesicht von Algorithmen, künstlicher Intelligenz und Robotern

Peter Hensinger (2018): Das Smartphone, mein Personal Big Brother. Wie BigData schleichend die Demokratie aushöhlt, pad-Verlag

Adrian Lobe (2019): Speichern und Strafen: Die Gesellschaft im Datengefängnis
- 9 diagnose:funk (2020): Informationsstelle Militarisation: Das Militär als Triebkraft des 5G-Ausbaus, <https://www.diagnose-funk.org/1596>
- 10 Bündnis für humane Bildung, www.aufwach-s-en.de

diagnose:funk (2017): Trojanisches Pferd ‚Digitale Bildung‘, Vortrag zur Digitalen Bildung bei der GEW Böblingen, Peter Hensinger, <https://www.diagnose-funk.org/1210>
- 11 Sascha Adamek/Kim Otto (2009): Der gekaufte Staat

Bernt Engelmann (1974): Wir Untertanen

Bernt Engelmann (1972): Das Reich zerfiel, die Reichen blieben. Deutschlands Geld- und Machtelite, 1972

Andreas Kolbe, Herbert Hönigsberger, Sven Osterberg (2011): Marktordnung für Lobbyisten. Wie Politik den Lobbyeinfluss regulieren kann, Otto-Brenner-Stiftung,

Thomas Leif/Rudolf Speth (2006): Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland, Bundeszentrale für politische Bildung

Uwe Ritzer, Markus Balsler (2018): Lobbykratie: Wie die Wirtschaft sich Einfluss, Mehrheiten, Gesetze kauft

Fabian Scheidler (2016): Das Ende der Megamaschine

Herbert von Arnim (2008): Die Deutschlandakte
- 12 Thomas Stölzel (2012): Wie die Telekom die Politik im Griff hat, Wirtschaftswoche <https://www.wiwo.de/unternehmen/dienstleister/lobbyismus-wie-die-telekom-die-politik-im-griff-hat/6643172.html>:
- 13 diagnose:funk (2021): Bad Reichenhaller Stadtrat kritisiert 5G-Empfehlungen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB). DStGB – Sprachrohr der Mobilfunkindustrie? <https://www.diagnose-funk.org/1780>
- 14 diagnose:funk (2020): 15 Jahre Leitlinien Strahlenschutz: Vom Anspruch zur Anpassung. Über ein verschwundenes Papier des BfS, <https://www.diagnose-funk.org/1507>

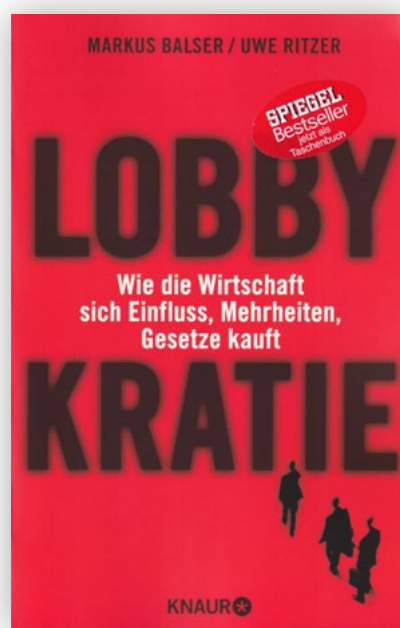
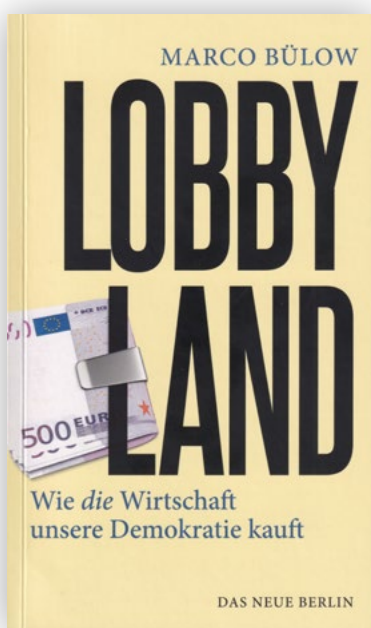
Im Brennpunkt „Der Kausalitätsbetrug“ (2020) setzt sich diagnose:funk mit den Argumentationen des Bundesamtes für Strahlenschutz auseinander: <https://www.diagnose-funk.org/1539>
- 15 diagnose:funk (2020): Neues Kompetenzzentrum Mobilfunk des Umweltministeriums in Cottbus. Sprachrohr der Industrie oder Schritt zum Strahlenschutz? <https://www.diagnose-funk.org/1519>

diagnose:funk (2020): Lichtblick 2020: Proteste zeigen Wirkung. Studie des Bundesamtes für Strahlenschutz erklärt den denkenden Bürger zum Problem. <https://www.diagnose-funk.org/1504>

- diagnose:funk (2020): 48% gegen Mobilfunkmasten – Unternehmerverband Bitkom alarmiert. Bitkom fordert Bundesregierung auf, Bürgerinitiativen zu widerlegen und zu bändigen. <https://www.diagnose-funk.org/1554>
- 16 diagnose:funk (2021): Artikelserie zum 5G-Dialog „Deutschland spricht 5G“ der Bundesregierung Teil I-V. diagnose:funk setzt sich mit den Argumenten der Kampagne der Bundesregierung auseinander, <https://www.diagnose-funk.org/1657>
- 17 Drucksache 17/14698: Beziehungen der Automobil-, Luftfahrt- und Bauindustrie zur Bundesregierung. 4.9.2013
- 18 Im Gegensatz zu anderen Wirtschaftszweigen fanden im Energiesektor auch Treffen mit dem BUND, NaBu, Greenpeace, WWF u. a. statt, was der Energiewende und der jahrelangen Arbeit dieser Organisationen geschuldet ist. Aber auch die Energiewende, die Umstellung auf Wind- und Sonnenenergie wurde von der Lobby blockiert, siehe dazu Bülow „Lobbyland“, S. 115, 132, 148 ff.
- 19 Drucksache 18/12216: Kontakte der Bundesregierung zu Energiewirtschaft und klimaschützender Zivilgesellschaft, 03.05.2017
- 20 Toralf Staud, Nick Reimer (2021): Deutschland 2050: Wie der Klimawandel unser Leben verändern wird
- Uwe Ritter, Markus Balsler (2018): Lobbykratie: Wie die Wirtschaft sich Einfluss, Mehrheiten, Gesetze kauft
- 21 Europäische Umweltagentur (2001, 2013): Späte Lehren aus frühen Warnungen, Band I & II Download: <https://www.diagnose-funk.org/1039>
- 22 Jörn Gutbier, Peter Hensinger (2020): Fortschritt 5G? Mythen für den Profit, <https://www.diagnose-funk.org/1619>
- Jörn Gutbier, Peter Hensinger (2021): Mit Akzeptanz-Managern gegen 5G-Proteste <https://www.diagnose-funk.org/1602>
- Jörn Gutbier, Peter Hensinger (2021): Dialogbüro 5G der Bundesregierung: Störfall Bürgerengagement.
- diagnose:funk (2021): Der Absturz vom Dialog- zum Monologbüro, <https://www.diagnose-funk.org/1772>
- Peter Hensinger (2019): Der Smart City- und 5G-Hype. Kommunalpolitik zwischen Konzerninteressen, Technologiegläubigkeit und ökologischer Verantwortung, <https://www.diagnose-funk.org/1337>
- 23 diagnose:funk (2020): Wann gibt es in Deutschland wieder einen Strahlenschutz? diagnose:funk schreibt dem Bundesamt für Strahlenschutz. <https://www.diagnose-funk.org/1566>
- 24 diagnose:funk (2021): Die Auswirkungen des 5G-Netz-Ausbaus auf Energieverbrauch, Klimaschutz und die Einführung weiterer Überwachungstechniken, Analyse von Dr. Matthias Kroll für das World Future Council, <https://www.diagnose-funk.org/1718>

Literatur zur Vertiefung

In den Quellenangaben ist Literatur zum Verhältnis Industrie, Staat und Parlamente angegeben, die diesem Brennpunkt zugrunde liegt. Diese drei Bücher, die aktuelle Entwicklungen dokumentieren, sind zum Verständnis der aktuellen politischen Strukturen besonders lesenswert.



Frühe Warnungen – taube Ohren

„Die Schloten der Digitalisierung rauchen genauso wie die in Gelsenkirchen früher“

Martin Wimmer, IT-Beauftragter des Bundesumweltministeriums

<https://www.heise.de/newsticker/meldung/Klimaverschmutzung-Die-Schlote-der-Digitalisierung-rauchen-kraeftig-4568933.html>, 25.10.2019

**Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU),
Maja Göpel & Benno Pilardeaux, 07.10.2019**

„Die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft orientiert sich bislang kaum an Nachhaltigkeitszielen. Daran ändert auch der allgegenwärtige Verweis auf die verlockende smarte Zukunft nichts: Von Smart Cities, Smart Agriculture, Smart Grids bis hin zu Smart Homes reichen die Versprechen, dass Digitalisierung per se Nachhaltigkeit befördert und das Leben einfacher macht – vorausgesetzt wird natürlich ein entsprechend ausgestatteter Smart Citizen. Doch bislang wirkt der digitale Wandel eher als Brandbeschleuniger für nicht-nachhaltige Entwicklungen – und das ist ganz und gar nicht smart.“

<https://www.ipg-journal.de/rubriken/wirtschaft-und-oekologie/artikel/ganz-und-gar-nicht-smart-3776/>

Maja Göpel, ehem. Leiterin WBGU

„Wenn wir den technologischen Fortschritt weiter so einsetzen wie bisher und ihm keine klare andere Funktion geben als die des kurzfristigen ökonomischen Wachstums und der weiteren Zunahme an Konsum, verschieben wir die Lösung der Probleme unverändert rigoros in die Zukunft.“

Maja Göpel: Unsere Welt neu denken, 2020, S. 111



**Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU)
Gutachten „Unsere digitale Zukunft“, 2019, S. 305**

„Was Erkenntnisse zu unabdingbaren Erfordernissen bei der Gestaltung einer zukunftsfähigen Gesellschaft und Menschheit im Digitalen Zeitalter betrifft, machen die (nach)erzählten Visionen gewisse „Leitplanken“ deutlich, die von der Digitalgesellschaft keinesfalls überschritten werden dürfen.“

Es gibt technologische Vorstöße und Entwicklungslinien, die vor dem Hintergrund des Nachhaltigkeitsverständnisses des WBGU nicht toleriert werden dürfen und unbedingt zu vermeiden sind. Dies betrifft vor allem Risiken der autokratischen, kleptokratischen Totalüberwachung aller Individuen durch digital aufgerüstete staatliche Institutionen (im Sinne von „Orwell 2084“), die vollständige Machtübernahme über Konsumbedarfe durch wenige Konzerne und den Ersatz menschlicher Wesen durch digital konstruierte und operierende technisierte Geschöpfe. In so mancher Hinsicht ist zu hoffen, dass die entworfene Dystopie nie Realität wird. Doch muss sie gerade deshalb jetzt erzählt werden, um ihre Verwirklichung rechtzeitig zu verhindern und eine konstruktive Nutzung der Digitalisierung für eine nachhaltige Zukunft möglich zu machen.“



Positionspapier der Naturfreunde Deutschlands: Warum Digitalisierung und sozial-ökologische Transformation zusammengedacht werden müssen, 2021

„Gemäß ihrer Überzeugung von der Notwendigkeit einer sozial-ökologischen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft setzen sich die NaturFreunde Deutschlands für das Zusammendenken von Digitalisierung und Transformation ein. Digitalisierung birgt zwar das Potenzial, globale Umwelt- und Entwicklungsprobleme besser und schneller zu lösen, allerdings kann Digitalisierung ohne Gestaltung die bereits bestehenden Umweltprobleme und sozialen Ungleichheiten noch weiter verstärken. Die Politik trägt insofern eine Verantwortung für diejenigen digitalen Anwendungen, die notwendig für das gesellschaftliche Leben geworden sind.“



Prof. Armin Grunwald, Leiter des Technikfolgenausschusses im Bundestag

„Leider ist die Digitalisierung nicht an sich umweltfreundlich, sondern erzeugt sogar neue oder verschärft bestehende Umweltprobleme“ (S. 225) „Die Digitalisierung ist nicht einfach nur unsere Zukunft, sondern sie trägt auch ein Ende der Zukunft in sich“ (S. 232). „Noch nie in der Geschichte der Menschheit waren die technischen Voraussetzungen für eine totale Diktatur so gut wie heute.“ (S. 187)

Armin Grunwald: Der unterlegene Mensch, 2019



Tilmann Santarius, Sozialwissenschaftler

„Wirtschaft und Politik sehen in der Digitalisierung in erster Linie einen neuen Wachstumsmotor. Allein vom Internet der Dinge erwartet man in den nächsten zehn Jahren in Deutschland 30 Milliarden Euro zusätzliche Gewinne für die Industrie und ein Prozent Wachstum pro Jahr. Aus ökologischer Sicht ist das fatal. Mehr Wachstum bedeutet, dass mehr produziert und verbraucht wird.“ (ZEIT 6/2018)



Briefing für die EU-Parlamentarier

„Verschiedene Studien deuten darauf hin, dass 5G die Gesundheit von Menschen, Pflanzen, Tieren, Insekten und Mikroben beeinträchtigen könnte – und da 5G eine noch nicht getestete Technologie ist, wäre ein vorsichtiger Ansatz angebracht.“

Karaboytcheva M. (2020): Effects of 5G wireless communication on human health



Klimakiller Tiktok. Die Ökosünden der Digitalindustrie **LeMonde diplomatique, Oktober 2021**

„Und auch der Befund unserer Recherche, die ein Dutzend Länder umfasst, ist eindeutig: Die digitale Verschmutzung ist kolossal und nimmt immer schneller zu ... Auch die Daten, die wir unablässig produzieren, setzen der Umwelt zu. Sie werden in gigantischen, Ressourcen und Energie fressenden Infrastrukturen transportiert, gespeichert und verarbeitet und generieren immer neue digitale Inhalte, für die immer mehr Ressourcen benötigt werden ...

Für so flüchtige Vorgänge wie das Verschicken einer E-Mail auf Gmail, einer Whatsapp-Nachricht, eines Facebook-Emojis, für das Hochladen eines Videos auf Tiktok oder eines Katzenfotos auf Snapchat wurde eine Infrastruktur geschaffen, die laut Greenpeace schon bald „das größte Gebilde sein wird, das die menschliche Spezies je geschaffen hat“ ...

Die Zahlen sprechen für sich: Die globale Digitalindustrie verbraucht so viel Wasser, Rohstoffe und Energie, dass ihr ökologischer Fußabdruck dreimal so groß ist wie der von Ländern wie Frankreich oder Großbritannien. Die digitalen Technologien verbrauchen inzwischen ein Zehntel des weltweit erzeugten Stroms und sind für fast 4 Prozent des weltweiten CO₂-Ausstoßes verantwortlich – knapp doppelt so viel wie der weltweite zivile Luftverkehr ...

Welche ökologischen Auswirkungen hätte wohl eine Welt, in der selbstfahrende Autos ohne Insassen durch die schlafenden Städte patrouillieren und Armadas von Softwareprogrammen sich rund um die Uhr damit herumschlagen müssen, während wir unseren Freizeitbeschäftigungen nachgehen? Die Auswirkungen wären gewaltig – wohl gewaltiger als die gesamte von Menschen verursachte digitale Verschmutzung.“



Science and Technology Options Assessment Komitee (STOA) des Europäischen Parlaments: **„Gesundheitliche Auswirkungen von 5G“, 2021**

„In jüngster Zeit hat die europäische Politik (Europäische Kommission, 2019) die Nachhaltigkeit eines neuen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsmodells gefördert, das neue Technologien nutzt, um den Gesundheitszustand des Planeten ständig zu überwachen, einschließlich des Klimawandels, der Energiewende, der Agrarökologie und der Erhaltung der biologischen Vielfalt. Die Verwendung der niedrigsten 5G-Frequenzen und die Einführung von vorsorglichen Expositionsgrenzwerten, wie sie unter anderem in Italien, der Schweiz, China und Russland gelten und die deutlich unter den von der ICNIRP empfohlenen Werten liegen, könnten dazu beitragen, diese europäischen Nachhaltigkeitsziele zu erreichen.

Was epidemiologische Studien bereits 2011 gezeigt haben (IARC, 2013), wurde durch Studien an Labortieren bestätigt, insbesondere hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen der Exposition gegenüber HF-EMF und der krebserregenden Wirkung im Nervensystem. Das derzeit in Europa zulässige Sicherheitsniveau beträgt 61 V/m (ICNIRP, 2020a). Die niedrigste Dosis, bei der diese Wirkungen bei Fernfeldexposition experimentell beobachtet wurden, beträgt 50 V/m. In derselben experimentellen Studie (Falcioni et al., 2018) wurde eine krebserregende Wirkung bei 5 V/m beobachtet.

In Anbetracht dieses Ergebnisses könnte eine politische Option darin bestehen, die Expositionshöchstwerte für Wohngebiete und die Öffentlichkeit in ganz Europa zu überarbeiten. Die Werte könnten um mindestens das Zehnfache gesenkt werden, d. h. auf etwa 6 V/m, ein Expositionsniveau, bei dem keine krebserregenden Wirkungen bei Versuchstieren beobachtet wurden. 6 V/m scheint auch der Vorsorgegrenzwert zu sein, wenn keine negativen Auswirkungen auf die Fruchtbarkeit zu befürchten sind. Das mag unpraktisch niedrig klingen, wenn wir die Telekommunikation um 5G erweitern wollen, aber das ist nicht der Fall.“



Literatur zur internationalen Verflechtung von Mobilfunkindustrie und Regierungen

Der Buchner/Rivasi-Report über die ICNIRP

Der Report „Die Internationale Kommission zum Schutz vor nichtionisierender Strahlung: Interessenkonflikte, „Corporate Capture“ und der Vorstoß zum Ausbau des 5G-Netzes“ erschien zuerst im Juni 2020 in englischer, französischer und deutscher Sprache in Brüssel. Dieser Bericht wurde von zwei EU-Abgeordneten – Michèle Rivasi (Europe Écologie) und Klaus Buchner (ÖDP, Ökologisch-Demokratische Partei) – in Auftrag gegeben, koordiniert und veröffentlicht und von der Fraktion Grüne/EFA im Europäischen Parlament finanziert. Zum Ergebnis schreiben die Autoren:

„Die Ergebnisse dieser Untersuchung lösen in uns ein unbehagliches Déjà-vu-Gefühl aus: Viele Tatsachen und Prozesse, die zu der gegenwärtigen Situation führen, wobei die Europäischen Behörden - angefangen von der Europäischen Kommission bis hin zu den meisten Mitgliedsstaaten - einfach ihre Augen vor den realen wissenschaftlichen Fakten und Frühwarnsignalen verschließen. Genau dasselbe Szenario haben wir bereits in den Debatten über Tabak, Asbest, Klimawandel und Pestizide erlebt ... Die ICNIRP gibt vor, dass es sich bei ihren Mitgliedern um unabhängige Wissenschaftler handelt, die frei von den eigennützigen Interessen der Telekommunikationsindustrie agieren. Mit diesem Bericht wollen wir zeigen, dass die ICNIPR diesbezüglich mit der Wahrheit spielt oder diese Aussage schlichtweg gelogen ist.“



Der Butler-Report

Die Strahlenschutzpolitik national und international wird dominiert von den Richtlinien und Forschungsinterpretationen der ICNIRP (International Commission on Non-Ionizing Radiation Protection), die ihren Sitz im Bundesamt für Strahlenschutz hat. Prof. Tom Butler (Irland) analysiert ihre Geburt und Geschichte als verlängerter Arm der Industrie.



Beide Schriften sind im diagnose:funk shop erhältlich:
<https://shop.diagnose-funk.org/>

Mehr Literatur zur Verflechtung von Staat und Mobilfunkindustrie in der Online-Artikelserie:

Das Lobbysystem ICNIRP und Bundesamt für Strahlenschutz - 4 Analysen,
<https://www.diagnose-funk.org/1702>